

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

**24. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 2. März 1966**

**25. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 3. März 1966**

**26. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 4. März 1966**

I. Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdutsche Fragen

Abgeordneter Dr. Marx (Kaiserslautern)	Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung in politischer Hinsicht den im Bundesministerium für gesamtdutsche Fragen erarbeiteten und zuerst in der Wochenzeitung „Echo der Zeit“ (20. Februar 1966) teilweise wiedergegebenen Vorstellungen über eine künftige Regelung der deutschen Ostgrenzen bei?
---	---

II. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

- | | |
|---|---|
| II. 1. Abgeordneter
Schmitt-
Vockenhausen | Wann wird die Bundesregierung Vorschläge vorlegen, die geeignet sind, einen Zeitungs-
austausch mit der Zone zu ermöglichen? |
| II. 2. Abgeordneter
Felder | Kann der Bundesjustizminister darüber Auskunft geben, ob es außer in der Untersuchungshaftanstalt Hamburg auch in anderen Gefängnissen und Zuchthäusern der Bundesrepublik Beruhigungszellen gegeben hat? |

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte

Abgeordnete Frau Korpeter	Ist die Bundesregierung bereit, die im § 7 des Flüchtlingshilfegesetzes bestimmte Einkommensgrenze von 500 DM, die als Voraussetzung für die Gewährung von Einrichtungshilfe für nicht anerkannte Flüchtlinge festgelegt ist, zu überprüfen, wenn sich herausstellt, daß aufgrund dieser Einkommensgrenze die Zahl der Anträge so gering ist, daß die im Bundeshaushalt 1966 eingesetzten Mittel nicht ausgegeben werden können?
-------------------------------------	--

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Jugend

- IV. 1. Abgeordneter
Westphal Haben die bisherigen Beratungen des Bundesjugendkuratoriums bereits zu einer Empfehlung an die Bundesregierung geführt, auf welche Themenbereiche sich der von der Bundesregierung dem Bundestag und Bundesrat vorzulegende Zweite Bericht über die Lage der Jugend und die Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe (§ 25 Abs. 2 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt) konzentrieren soll?
- IV. 2. Abgeordneter
Westphal Beabsichtigt die Bundesregierung, die Auswahl der thematischen Schwerpunkte für den Zweiten Jugendbericht dem Ausschuß für Familien- und Jugendfragen des Bundestages zur Beratung vorzulegen, bevor eine Festlegung der Themen erfolgt?

V. Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

- V. 1. Abgeordneter
Reichmann Ist der Bundesregierung bekannt, daß die erfolgreiche Durchführung von Flurbereinigungen in den westlichen Grenzgebieten durch ehemalige Kampfanlagen bzw. Ruinenbunker vielfach verhindert wird?
- V. 2. Abgeordneter
Reichmann Ist die Bundesregierung bereit, die Beseitigung von ehemaligen Kampfanlagen und Ruinenbunkern in den Gemeinden vorrangig finanziell zu unterstützen, welche Flurbereinigungen durchführen?
- V. 3. Abgeordneter
Reichmann Bis zu welchem Zeitpunkt können gegebenenfalls die in Frage V/2 genannten Gemeinden mit entsprechender Unterstützung rechnen?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

- Abgeordneter
Kahn-Ackermann Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um sich an einer Aktion zur Linderung der Hungersnot in Indien zu beteiligen?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- VII. 1. Abgeordneter
Seibert Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfange durch die Absetzung der Mineralöl- und der Kraftfahrzeugsteuer bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer Mindereinnahmen bei den beiden zuletzt genannten Steuern verursacht werden?

- VII. 2. Abgeordneter
Seibert Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die durch das in Frage VII/1 erwähnte Vorgehen bedingte Beeinträchtigung des gesamten Steueraufkommens nicht mit den Wirkungen in Einklang gebracht werden kann, die mit der Zweckbindung der Mineralölsteuer beabsichtigt werden?
- VII. 3. Abgeordneter
Ott Ist es der Bundesregierung bekannt, daß bei den Finanzämtern erhebliche Arbeitsrückstände für Sparprämien bestehen, so daß diesmal am Jahresanfang etwa 30% der Prämien überfällig waren?
- VII. 4. Abgeordneter
Ott Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung einzuleiten, damit die Sparer, welche Sparprämie und Zinsen bei Freiwerden der Sperrfrist in Empfang nehmen können, gleichzeitig auch die dafür gutgeschriebene Prämie ausgezahlt erhalten?
- VII. 5. Abgeordneter
Ott Hat die Bundesregierung die Absicht, die wirtschaftlichen Verluste, die Wehrpflichtige durch Ableistung ihrer Wehrpflicht gegenüber denen haben, die aus irgendwelchen Gründen die Wehrpflicht nicht erfüllen, zu mindern durch Gewährung eines steuerfreien Betrages nach dem Ausscheiden aus dem Wehrdienst für die gleiche Anzahl von Monaten, wie die Dienstzeit gedauert hat?
- VII. 6. Abgeordneter
Ruf Wann gedenkt der Bundesfinanzminister, die Zustimmung gemäß § 9 des Haushaltsgesetzes zum Beginn der Baumaßnahme Abgeordneten-Bürohaus zu erteilen, nachdem bekanntgeworden ist, daß der Bundeswirtschaftsminister seinerseits seine Zustimmung bereits gegeben hat?
- VII. 7. Abgeordneter
Dr. Mommer Wann gedenkt der Bundesfinanzminister den Antrag auf Vorwegbewilligung der für die Errichtung eines Bürohauses des Deutschen Bundestages erforderlichen Mittel dem Haushaltsausschuß des Bundestages vorzulegen?
- VII. 8. Abgeordneter
Dr. Hellige Hält die Bundesregierung es für richtig, daß von einzelnen Zollämtern Skier, die von Wintersportlern im Ausland (Schweiz, Österreich, Italien) gekauft und auch benutzt worden sind, bei der Rückreise als zollpflichtiges Gut behandelt und mit rund 20% Abgaben belastet werden?
- VII. 9. Abgeordneter
Wendelborn Ist die Bundesregierung bereit, nachdem durch Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 2. Juni 1964 — BVerfG 2 BvL 23/62 — die Beförderungsteuer - Durchführungsverordnung als mit dem Grundgesetz nicht vereinbar bezeichnet und deshalb für nichtig erklärt worden ist, nunmehr schnellstens eine Neufassung der Durchführungsverordnung zum Beförderungsteuergesetz vorzulegen?

- VII. 10. Abgeordneter
Baier Wie weit sind die Verhandlungen gediehen, wonach laut Mitteilung der Verbindungsstelle für VEBA-Aktionäre vom Januar 1966 VEBA-Aktionäre grundsätzlich von der Kapitalertragsteuer freigestellt werden sollen?
- VII. 11. Abgeordneter
Dr. Müller (München) Entsprechen Pressemeldungen der Tatsache, daß zum 1. Januar 1966 30% der zu diesem Datum fälligen Sparprämien noch nicht bei den Banken eingetroffen waren?
- VII. 12. Abgeordneter
Dr. Müller (München) Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Initiative zu ergreifen, um die nochmalige Prüfung der Sparprämienanträge vor Auslauf der Sparfristen abzuschaffen?
- VII. 13. Abgeordneter
Dr. Müller (München) Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die Unsicherheit um die weitere Gestaltung des Sparprämiensystems zu beseitigen?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

- VIII. 1. Abgeordneter
Wolf Ist der Bundesregierung bekannt, daß die im letzten Jahr von der Öffentlichen Hand den inländischen Eisenerzgruben gewährte Hilfestellung nicht ausreicht, um den jetzt noch fördernden Schachtanlagen eine Überlebenschance zu gewähren?
- VIII. 2. Abgeordneter
Wolf Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich die letzten und weiterhin von Stilllegung bedrohten Eisenerzgruben in solchen Gebieten befinden, in denen keine aufnahmefähige Ersatzindustrie für die Beschäftigten des Eisenerzbergbaus vorhanden ist, die Ansiedlung einer Ersatzindustrie auch noch nicht in Angriff genommen wurde und weitere Stilllegungen zu ungewöhnlichen Härten für die Beschäftigten führen?
- VIII. 3. Abgeordneter
Wolf Ist die Bundesregierung bereit, durch neue Maßnahmen sowie durch Verhandlungen mit den Hüttenwerken darauf hinzuwirken, daß die restlichen Gruben des deutschen Eisenerzbergbaus erhalten bleiben?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

- IX. 1. Abgeordneter
Büttner *) Ist der Bundesregierung der Artikel aus der Illustrierten „Stern“ Nr. 4 vom 23. Januar 1966 „Früh geforscht — viel gewonnen“ bekannt, wonach Schülerinnen und Schüler ermuntert werden, über Tierversuche wissenschaftliche Kenntnisse zu gewinnen und wonach der „Stern“ die organisatorische Patenschaft dafür übernommen hat?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

- IX. 2. Abgeordneter
Büttner *) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Tierversuche nur in dem unbedingt notwendigen Maße von wissenschaftlichen Instituten durchgeführt werden sollten?
- IX. 3. Abgeordneter
Büttner *) Ist die Bundesregierung bereit, bei Bejahung der beiden vorstehenden Fragen alle maßgeblichen Stellen auf die entsprechenden Bestimmungen in den §§ 5, 6 und 9 des Tierschutzgesetzes nachdrücklichst hinzuweisen, damit unnötige Tierversuche unterbleiben?
- IX. 4. Abgeordneter
Müller (Worms) Ist der in den Memoiren des „Bauerngenerals“ Claus Heim genannte Walter Muthmann, der im Jahre 1929 am Portal IV des Reichstags eine Bombe gelegt haben soll und auf dessen Ergreifung damals eine hohe Belohnung ausgesetzt worden ist, identisch mit dem gleichnamigen Leiter des Referats IV B 1 des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten?
- IX. 5. Abgeordneter
Dr. Kreuzmann Beabsichtigt die Bundesregierung, den Geschädigten den Schaden zu ersetzen, der in Kleingärten und landwirtschaftlichen Anbaugebieten an der Zonengrenze durch die Anwendung von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf mitteleuropäischer Seite zur Bereinigung von Unterholz und Gestrüpp entstanden ist?
- IX. 6. Abgeordneter
**Peters
(Poppenbüll)** Wird die Bundesregierung die im schleswig-holsteinischen Generalplan für die Küste enthaltenen Planungen der Deichverkürzungen von Nordstrand zum Hauke-Haien-Koog und in der Meldorfer Bucht durch Bundesmittel aus Kapitel 10 02 Titel 619 fördern?
- IX. 7. Abgeordneter
**Peters
(Poppenbüll)** Anerkennt die Bundesregierung die vordringliche Bedeutung der Verbesserung der natürlichen Entwässerung durch die Deichverkürzungen nördlich Nordstrand und in der Meldorfer Bucht für je 30 000 ha Land hinter der alten Deichführung?
- IX. 8. Abgeordneter
**Peters
(Poppenbüll)** Kann nach Verhandlungen oder Absprachen mit dem Land Schleswig-Holstein damit gerechnet werden, daß die Deichverkürzungen nördlich Nordstrand und in der Meldorfer Bucht in absehbarer Zeit zur Ausführung kommen?
- IX. 9. Abgeordneter
Fellermaier Aus welchem Grund hat die Bundesregierung wesentliche Teile des Grünen Berichts bereits veröffentlicht, bevor dieser Bericht dem Deutschen Bundestag vorgelegen hat?

*) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

- IX. 10. Abgeordneter
Zebisch
- Stimmt die Auskunft des bayerischen Staatsministers Dr. Hundhammer, daß nicht das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten den Personenkreis für landwirtschaftliche Nebenerwerbssiedlungen bzw. -stellen wesentlich eingeschränkt habe, sondern der Bund seit Ende 1964 die Förderung einheimischer Bewerber um solche Stellen eingestellt hat?
- IX. 11. Abgeordneter
Zebisch
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei dem Bau der landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstellen in Plößen und Pressath (Oberpfalz) auf Grund ihres Beschlusses die Bewerbung aus dem Kreise der Einheimischen eine besonders schwierige Situation hervorgerufen hat, weil der Bund die Bereitstellung von Siedlungsmitteln nach dem Siedlungsförderungsgesetz davon abhängig macht, daß der Bewerber auf eine Siedlerstelle noch heute einen landwirtschaftsverbundenen Beruf ausübt, während es nach den früheren Richtlinien genügte, daß der Bewerber aus der Landwirtschaft stammte und mehrere Jahre hindurch in der Landwirtschaft gearbeitet hatte, so daß sein Lebensbild eine Verbundenheit mit der Landwirtschaft erkennen ließ?
- IX. 12. Abgeordneter
Baier
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der sich ständig verschlechternden Rentabilität der Forstwirtschaft angesichts der im öffentlichen Interesse liegenden wichtigen Sozialfunktionen, welche für die Erhaltung, den Schutz und die Pflege des Waldes sprechen?
- IX. 13. Abgeordneter
Strohmayr
- Trifft es zu, daß es einen Plan der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gibt, der vorsieht, Obst und Gemüse zu vernichten, wenn Preisstörungen auf dem Agrarmarkt befürchtet werden?
- IX. 14. Abgeordneter
Strohmayr
- Hält die Bundesregierung die in Frage IX/13 genannten Maßnahmen, die auch noch mit Steuermitteln finanziert werden sollen, für vertretbar, namentlich im Hinblick auf die Hungersnot in vielen Teilen der Welt?
- IX. 15. Abgeordneter
Strohmayr
- Ist die Bundesregierung bereit, der EWG-Kommission in Brüssel Vorschläge zu unterbreiten, die es ermöglichen, geeignete überschüssige Nahrungsmittel in die Hungergebiete der Welt zu liefern und diese Aktion eventuell aus Mitteln des EWG-Ausrichtungs- und Garantiefonds zu finanzieren?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- X. 1. Abgeordneter
Dr. Schmidt
(Gellersen) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Richtlinien der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nürnberg, aus dem Jahre 1955, nach denen die berufliche Umschulung von Kleinlandwirten erfolgt, dringend einer Neuformulierung bedürfen?
- X. 2. Abgeordnete
Frau Dr. Krips Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im Zuge der 1960 erfolgten Umorganisation zahlreiche Bedienstete ohne Rücksicht auf tarifvertragliche Bindungen und ohne Rücksicht auf die Rechte des Personalrates versetzt und rückgruppiert hat?
- X. 3. Abgeordnete
Frau Dr. Krips Trifft es zu, daß Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mehr als 2000 Prozesse im Gefolge hatten, von denen Hunderte jetzt noch in der letzten Instanz anhängig sind?
- X. 4. Abgeordnete
Frau Dr. Krips Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen ihres Aufsichtsrechts über die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gemeinsam mit den Gewerkschaften alle Möglichkeiten für eine generelle Bereinigung der Folgen der Umorganisation einzusetzen?
- X. 5. Abgeordneter
Cramer Ist die Bundesregierung bereit, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der vorsieht, für 100% erwerbsunfähige, geistig und körperlich behinderte Personen über 25 Jahre das Kindergeld aus der gesetzlichen Rentenversicherung weiterzuzahlen?
- X. 6. Abgeordneter
Cramer Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Wegfall des Kindergeldes nach dem 25. Lebensjahr für die betroffenen Eltern eine große Härte und Ungerechtigkeit bedeutet?
- X. 7. Abgeordneter
Cramer Hält die Bundesregierung die Nichtzahlung des Kindergeldes in den unter X/5 genannten Fällen für gerechtfertigt, wenn andererseits studierende Kinder und studierende Ausländer z. T. bis zum 30. Lebensjahr Zuschüsse bis zu 300 DM monatlich erhalten?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

- XI. 1. Abgeordneter
Fellermaier Hält der Bundesverteidigungsminister seine in der Fragestunde vom 10. Februar 1966 aufgestellte Behauptung aufrecht, die Bundesregierung habe im Falle des Landwirts Nusser bei der Regierung von Schwaben ein

- Enteignungsverfahren gegen den Bezirksverband Schwaben beantragt, obschon mir auf telefonische Anfrage die zuständige Stelle der Regierung von Schwaben am 15. Februar mitteilte, ein solcher Antrag liege nicht vor?
- XI. 2. Abgeordneter
Fellermaier Wann wird der unter XI/1 bezeichnete Antrag auf Enteignung bei der Regierung von Schwaben gestellt werden?
- XI. 3. Abgeordneter
Dr. Rinderspacher *) Bleibt der Bundesverteidigungsminister dabei, daß eine Bezuschussung des Freibades der Stadt Herbolzheim deshalb nicht möglich war, weil „für abgeschlossene Bauvorhaben keine Finanzhilfen gegeben werden“?
- XI. 4. Abgeordneter
Dr. Rinderspacher *) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Bürgermeister der Stadt Herbolzheim dabei bleibt, lange vor Beendigung des in Frage XI/3 genannten Projekts die erforderlichen Anträge gestellt zu haben?
- XI. 5. Abgeordneter
Dr. Rinderspacher *) Ist es gerechtfertigt, daß einem leitenden Beamten des Bundesverteidigungsministeriums, der den ablehnenden Bescheid laut Frage XI/3 erteilte, der Vorwurf der „unzulässigen Dienst-anmaßung“ gemacht wird, weil der Bundesverteidigungsminister im August 1965 eine „wohlwollende Prüfung“ in Aussicht gestellt habe?
- XI. 6. Abgeordneter
Dr. Rau *) Ist das Bundesverteidigungsministerium bereit, in Ulm (Donau) auf den Bau eines bundeswehreigenen Hallenbades im Hinblick auf das projektierte Bad der Ulmer SSV zu verzichten, wenn der Garnison ein ausreichender Mitbenutzungsgrad zugesichert werden kann?
- XI. 7. Abgeordneter
Dr. Rau *) Ist das Bundesverteidigungsministerium bereit, in der Frage XI/6 entsprechende Verhandlungen mit den zuständigen Ulmer Stellen einzutreten, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die angespannte Finanzlage?
- XI. 8. Abgeordneter
Dr. Rau *) Wird den Ulmer Vereinen ein kostenfreies Mitbenutzungsrecht in dem Bundeswehr-Hallenbad eingeräumt werden, falls es zu keiner Beteiligung an dem SSV-Projekt mehr kommen sollte?
- XI. 9. Abgeordneter
Böhm Entspricht es den Tatsachen, daß der Bundesverteidigungsminister zur Erfüllung militärischer Bedürfnisse für den Bau der Südumgehungsstraße Manching (Landkreis Ingolstadt) der bayerischen obersten Baubehörde bereits 1964 einen Finanzierungsbeitrag von 1,9 Millionen DM fest zugesagt hat?

*) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

- XI. 10. Abgeordneter
Böhm Ist dem Bundesverteidigungsminister bekannt, daß die Durchführung der Änderungswünsche der Bundeswehr hinsichtlich der Trassenführung der Südumgehung Manching eine erhebliche Steigerung der Baukosten bringen würde?
- XI. 11. Abgeordneter
**Schmidt
(Kempten)** Trifft es zu, daß für das neue NADGE-Luftverteidigungssystem insgesamt nur für 95 Millionen DM Aufträge seitens Firmen der Bundesrepublik durchgeführt werden können, obwohl die Bundesrepublik 20% der Gesamtkosten, d. h. 220 Millionen DM beiträgt und insgesamt 350 Millionen DM auf dem Gebiet der Bundesrepublik investiert werden?
- XI. 12. Abgeordneter
Hauck *) Hat die Bundesregierung nach Eingang der Stellungnahme des Landes Niedersachsen bereits eine grundsätzliche Entscheidung über die Errichtung eines Truppenübungsplatzes im Wohlgebiet, Landkreis Braunschweig, getroffen?
- XI. 13. Abgeordneter
Hauck *) Wann ist mit einer Unterrichtung bzw. Benachrichtigung der interessierten Behörden und Stellen über den Inhalt der Entscheidung bzw. den voraussichtlichen Entscheidungstermin im Sinne der Frage XI.12 zu rechnen, damit die weit verbreitete Unsicherheit innerhalb der betroffenen Bevölkerungskreise beseitigt werden kann?
- XI. 14. Abgeordneter
Hauck *) Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch jede weitere Verzögerung der Entscheidung gemäß Frage XI.12 bzw. deren Bekanntgabe die für das gesamte Wohlgebiet eingeleiteten landwirtschaftlichen Sanierungsmaßnahmen (Agrarstrukturverbesserung und betriebswirtschaftliche Maßnahmen) gehemmt werden, und daß vor allem die von der Landabgabe betroffenen Landwirte nicht planen können, was zum Teil schon zu nicht unerheblichen finanziellen Verlusten für die Betroffenen geführt hat?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

- XII. 1. Abgeordneter
**Dr. Bechert
(Gau-Algesheim)** Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen einschließlich internationaler Verhandlungen, um die Lärmbelästigung der Bevölkerung in der Bundesrepublik durch zivilen Überschallflugverkehr zu vermeiden, die nach amerikanischen amtlichen Untersuchungen eine erhebliche Gesundheitsgefährdung darstellt?

*) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

- XII. 2. Abgeordneter
Dr. Kreutzmann Was gedenkt die Bundesregierung gegen das durch die Stilllegung von Bahnbuslinien im Zonenrandgebiet verursachte erhebliche Ansteigen der Fahrtkosten — teilweise auf das Doppelte und Dreifache — zu tun, insbesondere im Hinblick auf den Schriftlichen Bericht des Ausschusses des 4. Bundestages für gesamtdeutsche und Berliner Fragen — Drucksache IV/3668 —, in dem unter II. Nr. 6 die Forderung erhoben wird, daß die den Schülern der weiterführenden Schulen entstehenden Fahrtkosten von den Ländern übernommen werden?
- XII. 3. Abgeordneter
Dr. Kreutzmann Hat der Beschluß der Bundesregierung vom 16. Dezember 1964, bei den Rationalisierungsmaßnahmen der Deutschen Bundesbahn das Zonenrandgebiet auszuklammern, auch für die Bahn- und Postbuslinien Geltung?
- XII. 4. Abgeordneter
Dr. Stammler *) Warum hat die Deutsche Bundesbahn mit dem bereits für das Jahr 1965 angekündigten Wiederaufbau des kriegszerstörten Bahnhofgebäudes Ebelsbach-Eltmann noch nicht begonnen, obwohl der Bahnhof an einer Hauptstrecke gelegen ist?
- XII. 5. Abgeordneter
Maucher Treffen Pressemeldungen zu, wonach der vollständige Ausbau der Bundesstraße 30, insbesondere der Strecke Weingarten — Ravensburg — Friedrichshafen, bis zum Jahre 1971 verschoben werden soll?
- XII. 6. Abgeordneter
Maucher Aus welchen Gründen wurde — bei Bejahung der Frage XII/5 — der vollständige Ausbau der Bundesstraße 30 aus dem 2. Vierjahresplan gestrichen?
- XII. 7. Abgeordneter
Maucher Ist der Bundesregierung bekannt, daß für die Bundesstraße 30 in dem Teil, der den stärksten Verkehr hat, eine unerträgliche Situation sich in kurzer Zeit ergeben wird?
- XII. 8. Abgeordneter
Killat Bis zu welchem Alter werden Fahrpreisermäßigungen für Kinder auf den Eisenbahnen in Österreich, der Schweiz und Italien gewährt?
- XII. 9. Abgeordneter
Killat Ist die Bundesregierung bereit, sich im Rahmen der staatlichen Familienpolitik dafür zu verwenden, daß auch in Deutschland für die Benutzung der Eisenbahnen bei Kindern die Altersgrenze heraufgesetzt wird wie in den unter XII/8 genannten Ländern?

*) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

- XII. 10. Abgeordneter
Fritsch
(Deggendorf) Entspricht es den Tatsachen, daß die Deutsche Bundesbahn Bedenken gegen die Öffnung des Eisenbahngrenzüberganges Bayerisch Eisenstein zur CSSR des Inhaltes angemeldet hat, daß der Übergang bei Eisenstein für den Güterverkehr nicht leistungsfähig genug sei?
- XII. 11. Abgeordneter
Fritsch
(Deggendorf) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundesstraße 388 als wesentliche Straßenverkehrsverbindung zum Landkreis Wegscheid durch Felsstürze an der Donauleite bei Erlau seit mehr als einem Jahr nur zeitweise und unter Lebensgefahr benutzbar ist?
- XII. 12. Abgeordneter
Fritsch
(Deggendorf) Wann ist mit der Instandsetzung der Bundesbahnstrecke Erlau—Oberzell bei Passau und der Wiederherstellung normaler Verkehrsverhältnisse auf dieser insbesondere für den Landkreis Wegscheid lebenswichtigen Verkehrsverbindung zu rechnen?
- XII. 13. Abgeordneter
Dr. Apel Wie will die Bundesregierung die beträchtlichen Mehrbelastungen an Fahrgeld ausgleichen, die vielen Studenten dadurch entstehen, daß Studenten über 27 Jahre ab 1. April 1966 keine Fahrpreisermäßigungen auf der Bundesbahn mehr erhalten?
- XII. 14. Abgeordneter
Dr. Apel Wurde bei der Einschränkung der in Frage XII/13 genannten Vergünstigung berücksichtigt, daß eine stattliche Anzahl von Studenten vor Aufnahme des Studiums ihrer Wehrpflicht nachkommen muß?
- XII. 15. Abgeordneter
Dr. Apel Hält es die Bundesregierung für möglich, den durch die in Frage XII/13 erwähnten Einschränkungen betroffenen Studenten wenigstens Arbeitermonatskarten für ihre Fahrten zwischen Universität und Wohnort zu gewähren?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

- XIII. 1. Abgeordneter
Memmel Ist der Bundesregierung das durch das Landgericht Hildesheim als Berufungsinstanz ergangene rechtskräftige Urteil 1 S 262/64 bekannt?
- XIII. 2. Abgeordneter
Memmel Wird die Bundesregierung prüfen, ob mit Rücksicht auf das in Frage XIII/1 genannte Urteil nicht eine Verlängerung der viel zu kurzen Verjährungsfrist des § 14 des Postgesetzes vom 28. Oktober 1871 am Platze ist?
- XIII. 3. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten) Mit welcher Begründung erhebt die Deutsche Bundespost für jeden Fernsehteilnehmer generell 7 DM an Gebühren, obwohl allein durch die Zuwachsquoten feststeht, daß viele, insbesondere neue Fernsehteilnehmer, nicht gleichzeitig ein Rundfunkgerät haben?

- | | | |
|-------|--------------------------------|---|
| XIII. | 4. Abgeordneter
Dorn | Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um Verstöße gegen das Fernmeldeanlagen-Gesetz, das die Benutzung von Mikro-Abhöranlagen ohne Genehmigung der Deutschen Bundespost verbietet, festzustellen und zu ahnden? |
| XIII. | 5. Abgeordneter
Dorn | Welche Maßnahmen im Sinne der Frage XIII/4 gedenkt die Bundesregierung künftig zu unternehmen? |
| XIII. | 6. Abgeordneter
Dorn | Durch welche gesetzliche Regelung könnte nach Ansicht der Bundesregierung der Verkauf von Mikro-Abhöranlagen unterbunden und damit der vom Grundgesetz garantierte Persönlichkeitsschutz, dem das Gesetz über Fernmeldeanlagen vom 14. Januar 1928 nicht gerecht werden kann, in vollem Umfang sichergestellt werden? |

XIV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

- | | | |
|------|---|--|
| XIV. | 1. Abgeordneter
Dr. Schmidt
(Offenbach) | Ist die Bundesregierung der Empfehlung des im Auftrage des Bundesgesundheitsministeriums erstellten Fluglärmgutachtens vom Mai 1965 gefolgt und hat eine ständige wissenschaftlich-technische Kommission zur Beratung in Fluglärmfragen (nach englischem und holländischem Vorbild) und zur Planung und Koordinierung von Fluglärminderungsmaßnahmen gebildet? |
| XIV. | 2. Abgeordneter
Büttner | Welche weiteren Schritte hat die Bundesregierung nach der in der Fragestunde des Bundestages am 11. Dezember 1964 erteilten Auskunft unternommen, um eine Neuregelung der Rechtsverhältnisse für die nebenberuflich tätigen Fleischbeschauer herbeizuführen? |
| XIV. | 3. Abgeordneter
Büttner | Aus welchem Grunde ist eine Ergänzung des § 4 des Fleischbeschaugesetzes vom 29. Oktober 1940 in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Fleischbeschaugesetzes vom 15. März 1960 in der von mir vorgeschlagenen Form nicht erfolgt, obwohl das Gesetz inzwischen geändert worden ist? |
| XIV. | 4. Abgeordneter
Büttner | Wenn eine endgültige Regelung entsprechend Frage XIV.2 noch nicht möglich war, welche wichtigen Gründe standen dem entgegen? |
| XIV. | 5. Abgeordneter
Dr. Bechert
(Gau-Algesheim) | Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um zu bewirken, daß die Bestimmungen des deutschen Lebensmittelrechts über die Angabe von Zusatzstoffen besser eingehalten werden als jetzt, wo der Verbraucher kaum noch in Lebensmittelgeschäften oder Gaststätten Angaben darüber findet, welche Fremdstoffe sich in angebotenen Lebensmitteln befinden? |

- XIV. 6. Abgeordneter
Dr. Bechert
(Gau-Algesheim) Trifft es zu, daß nur etwa 40% der für die Herstellung von Schädlingsbekämpfungsmitteln verwendeten Stoffe so weit untersucht sind, daß eine für den Menschen nach heutiger Kenntnis unschädliche Dosis angegeben werden kann?
- XIV. 7. Abgeordneter
Dr. Bechert
(Gau-Algesheim) Ist die Bundesregierung bereit, dem Deutschen Bundestag oder dem Ausschuß für Gesundheitswesen Bericht darüber zu geben, was sich bei der Untersuchung des Gehalts der Luft und von Nutzpflanzen an Blei und krebserregenden Stoffen wie Benzpyren in der Nähe von vielbefahrenen Autostraßen, besonders von verkehrsreichen Straßenkreuzungen, ergeben hat?
- XIV. 8. Abgeordneter
Geiger *) Trifft es zu, daß die von der Bundesregierung geplante neue Bundespflegesatzverordnung für die Träger der sozialen Krankenversicherung eine jährliche Belastung von etwa 1,8 Milliarden DM bringen wird?
- XIV. 9. Abgeordneter
Geiger *) Welche Auswirkungen wird die vorgesehene Erhöhung der Pflegesätze auf die Beiträge der Krankenkassen haben?
- XIV. 10. Abgeordneter
Dr. Tamblé Hält die Bundesregierung die von ihr zur Verfügung gestellten Mittel für die Krebsforschung für ausreichend?
- XIV. 11. Abgeordneter
Dr. Tamblé Gedenkt die Bundesregierung, Schlußfolgerungen aus der auf dem Münchener Krebsforschungskongreß 1966 gegebenen Darstellung zu ziehen, daß in den USA ein einziges Krebsforschungsinstitut über einen Etat von 120 Millionen DM verfüge, während die Bundesrepublik für die Krebsforschung jährlich nur 4,5 Millionen DM aufbringe?

XV. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

- XV. 1. Abgeordneter
Dr. Marx
(Kaiserslautern) *) Wann werden die Verhandlungen der Bundesregierung mit den sechs Entsendestaaten über die vom Deutschen Bundestag dringend gewünschte Änderung des die Rechtsstellung der deutschen Arbeitnehmer bei den ausländischen Streitkräften regelnden Artikels 56 des Zusatzabkommens zum Nato-Truppenstatut aufgenommen werden, nachdem die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage von CDU/CSU-Abgeordneten vom 24. November 1965 — Drucksachen V/47, V/98 — mitgeteilt hat, sie habe den Vertragspartnern die Aufnahme von Verhandlungen für Anfang des Jahres 1966 vorgeschlagen?

*) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

- XV. 2. Abgeordneter
Dr. Marx
(Kaiserslautern) *) Mit welcher Verhandlungsdauer über die rechtliche Gleichstellung der bei den alliierten Streitkräften Beschäftigten rechnet die Bundesregierung?
- XV. 3. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wann mit der Freigabe der während der Kriegshandlungen zwischen Indien und Pakistan beschlagnahmten sogenannten Konterbande zu rechnen ist?
- XV. 4. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig) Ist der Bundesregierung bekannt, daß ein großer Teil der laut Frage XV/3 beschlagnahmten Güter sich noch im Eigentum deutscher Firmen befindet?
- XV. 5. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig) Ist die Bundesregierung bereit, bei den Regierungen Indiens und Pakistans darauf hinzuweisen, daß die alsbaldige Freigabe der in Frage XV/3 genannten Güter im gemeinsamen Interesse besonders entwicklungspolitischer Maßnahmen liegt?
- XV. 6. Abgeordneter
Kahn-Ackermann Trifft es zu, daß entgegen den zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der chilenischen Regierung getroffenen Abmachungen über den Expertenstatus deutscher Auslandslehrer diese vor ihrer Ausreise nach Chile eine Verpflichtung unterschreiben müssen, die erhebliche Einschränkungen der nach dem Abkommen vereinbarten Begünstigungen darstellt?
- XV. 7. Abgeordneter
Kahn-Ackermann Trifft es zu, daß — wie in der „Welt“ vom 18. Februar 1966 berichtet wurde — der amerikanische Verteidigungsminister McNamara im Februar dieses Jahres vor dem amerikanischen Senat geäußert hat, seine Regierung beabsichtige, auf ein militärisches Engagement der Bundesrepublik außerhalb der NATO hinzuwirken?
- XV. 8. Abgeordneter
Felder Bestätigt das Auswärtige Amt eine Meldung der Fachzeitschrift „Nachrichten aus Chemie und Technik“, wonach die türkische Regierung bereit gewesen wäre, ihre Universitäten für zwei oder drei Generationen mit deutschen Hochschullehrern zu besetzen, diesem Wunsch aber nur deshalb nicht entsprochen werden konnte, weil es unmöglich war, neue deutsche Professoren zu langfristigen Verträgen für die Ausscheidenden zu bekommen, da die deutsche Regierung die Altersversorgung deutscher Auslandshochschullehrer im Gegensatz zur Gepflogenheit der französischen und der englischen Regierung nicht übernimmt?

*) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

XVI. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- XVI. 1. Abgeordneter
Schlager Treffen Presseberichte zu, die von einer verminderten Aufklärungsquote von Straftaten für das Jahr 1965 sprechen und diese Reduzierung z. T. sogar in Zusammenhang mit der letztjährigen Reform des Strafprozeßrechtes bringen?
- XVI. 2. Abgeordneter
Berger Beabsichtigt die Bundesregierung, den Entwurf eines Gesetzes über eine Statistik des Personals, der Dienstbezüge, der Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst, der vom 4. Deutschen Bundestag zwar am 16. Juni 1965 in erster Lesung behandelt, aber nicht mehr verabschiedet worden ist, dem Bundestag erneut vorzulegen?
- XVI. 3. Abgeordneter
Berger Wird die Bundesregierung den unter XVI/2 genannten Gesetzentwurf so rechtzeitig vorlegen, daß die zur Vorbereitung der beabsichtigten Reformen im öffentlichen Dienst erforderliche Personal- und Einkommensstrukturerhebung noch in diesem Jahr durchgeführt werden kann?
- XVI. 4. Abgeordneter
Schmitt-Vockenhausen Trifft es zu, daß heute noch Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der am 29. Juni 1961 vom Deutschen Bundestag verabschiedeten 3. Novelle zum G 131, insbesondere zu den §§ 42 und 72, fehlen?
- XVI. 5. Abgeordneter
Felder Wann ist mit einer Entscheidung des Bundesinnenministeriums über die von der Gemeinde Stein bei Nürnberg beantragte Einreihung in die Ortsklasse S zu rechnen?
- XVI. 6. Abgeordneter
Dr. Wörner Ist die Bundesregierung bereit, von ihrer seitherigen Auslegung des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung abzugehen, wonach wehrpflichtige Bundesbeamte bei Ableistung der Wehrdienstzeit verminderte Sonderzuwendungen erhalten und dadurch ungerechtfertigt schlechter gestellt werden als Bundesbeamte, die keinen Wehrdienst abzuleisten haben?

Bonn, den 25. Februar 1966